

VEH Infoletter Nr. 1/2010 vom 25. Februar 2010

„Wir brauchen energiepolitisch einfachere, nachvollziehbare Rahmenbedingungen.“

Energiehandel kritisiert auf Branchentreff Förderwirrwarr und diskutiert mit Experten aus Politik und Wissenschaft die Zukunft des deutschen Wärmemarktes

Energiepolitik ist heutzutage oftmals Ideologiepolitik. Ein schnellstmögliches Umsatteln auf erneuerbare Energien wird als der Königsweg für die zukünftige Energieversorgung präsentiert, die traditionellen Energieträger sollen ihnen das Feld räumen. Macht es aber nicht viel mehr Sinn, energiepolitische Entscheidungen rational zu diskutieren? Schließlich geht es darum, einen praktikablen Weg zu finden, wie wir uns auch in Zukunft darauf verlassen können, dass die Versorgung mit Energie sicher ist. Die wichtigsten Kriterien auf diesem Weg: die Umwelt schonen und bezahlbar soll er sein. – Im Januar trafen sich 150 Energiehändler, um auf dem Neu-Ulmer Energietag mit dem Titel „Plädoyer für eine ideologiefreie Energiepolitik auf Basis einer sicheren, preiswerten und umweltgerechten Energieversorgung“ die notwendigen Rahmenbedingungen für den deutschen Wärmemarkt zu diskutieren.

„Alle Energieträger können und müssen ihren Beitrag zu einer sicheren Energieversorgung leisten“, fordert Rudolf Bellersheim, der Vorsitzende des Verbandes für Energiehandel Südwest-Mitte e.V. (VEH). „Die jetzige Gesetzgebung führt jedoch zu mehr Verwirrung, als zu einem Ergebnis. Was wir brauchen, sind einfachere und nachvollziehbare Rahmenbedingungen.“ Laut Erhebung des IWO Institut für wirtschaftliche Oelheizung e.V. gibt es derzeit 1.683 Fördermodelle – auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Institut für Wirtschaftsforschung und Hauptreferent auf dem Neu-Ulmer Energietag, sieht diese Missstände auch auf einer anderen Ebene: Seiner Ansicht nach konterkarieren sich europäische und deutsche Energiepolitik, seien demnach teilweise wirkungslos und dabei unnötig teuer. Der Experte plädiert für eine Vereinheitlichung internationaler und nationaler Maßstäbe: Die weltweite Klimapolitik solle sich ausschließlich an der Einsparung von CO₂ orientieren.

Eine Vereinfachung der gesetzlichen Vorgaben befürwortet auch Ernst Moritz von Bellingen vom IWO: Im Wärmemarkt sei die Reduzierung der Primärenergie die ideale Richtgröße, um Energie einzusparen. Dabei bleibe es dem Verbraucher überlassen, auf welche Technologie und Sanierungsmaßnahmen er setzen möchte. Zugleich werde jeder Förder-Euro optimal eingesetzt, da sich die Fördersumme in Euro je kWh eingesparte Energie pro Jahr ausdrücken lasse.

Prof. Dr. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW) plädiert in ihrem Beitrag für einen zeitnahen Ausbau der erneuerbaren Energien. Dadurch könne Energie zukünftig vermehrt dezentral erzeugt und eine hohe Versorgungssicherheit garantiert werden. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz sei auf diesem Weg eine wichtige und richtige Größe. Den traditionellen Energieträgern räumt die Wissenschaftlerin mit Blick auf die zukünftige Energieversorgung hingegen wenig Pluspunkte ein. Aus Sicht des Brennstoffhandels wird dabei jedoch das Potenzial insbesondere flüssiger Brennstoffe unterschätzt: So stehen konkurrenzfähige, energieeffiziente Heizungstechnologien und umweltschonende Brennstoffe wie das schwefelarme oder das Bio-Heizöl bereits jetzt zur Verfügung.

„Wir sollten uns nicht in einer ideologisierenden Diskussion darüber verlieren, welcher Energieträger der bessere oder schlechtere sei“, fasst Rudolf Bellersheim vom VEH zusammen. „Viel wichtiger ist ein breiter Energie- und Technologiemix, mit dem wir die Klimaziele der Bundesregierung erreichen.“ Die Aufgabe der Politik sei es, verlässliche und klare Rahmenbedingungen zu formulieren, damit der Modernisierungstau sich auflöse und die Energieeinsparpotenziale des schlafenden Riesen Wärmemarkt ausgeschöpft werden können.